

# **Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (Neue AHV-Versichertennummer)**

## **Änderung vom 23. Juni 2006**

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 23. November 2005<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

### **I**

Das Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946<sup>2</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung wird wie folgt geändert:

#### *Art. 49a Einleitungssatz und Bst. g*

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- g. die Versichertennummer zuzuweisen oder zu verifizieren.

#### *Art. 50a Abs. 1 Einleitungssatz sowie Bst. b<sup>bis</sup> und b<sup>ter</sup>*

<sup>1</sup> Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Organe, die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betraut sind, Daten in Abweichung von Artikel 33 ATSG<sup>3</sup> bekannt geben:

- b<sup>bis</sup>. Organen einer anderen Sozialversicherung und weiteren Stellen oder Institutionen, die zur Verwendung der Versichertennummer berechtigt sind, wenn die Daten für die Zuweisung oder Verifizierung dieser Nummer erforderlich sind;
- b<sup>ter</sup>. den für den Betrieb der zentralen Datenbank zur Beurkundung des Personenstandes oder für die Führung des Informationssystems für den Ausländer- und den Asylbereich zuständigen Stellen, wenn die Daten für die Zuweisung oder Verifizierung dieser Nummer erforderlich sind;

1 BBl 2006 501  
2 SR 831.10  
3 SR 830.1

*Art. 50c*      Versichertennummer

<sup>1</sup> Eine Versichertennummer wird jeder Person zugewiesen, die:

- a. in der Schweiz Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat (Art. 13 ATSG<sup>4</sup>);
- b. im Ausland wohnt und Beiträge entrichtet oder Leistungen bezieht oder beantragt.

<sup>2</sup> Eine Versichertennummer wird einer Person überdies zugewiesen, wenn dies notwendig ist:

- a. für die Durchführung der AHV; oder
- b. im Verkehr mit einer Stelle oder Institution, die zur systematischen Verwendung der Nummer berechtigt ist.

<sup>3</sup> Die Zusammensetzung der Versichertennummer darf keine Rückschlüsse auf die Person zulassen, der die Nummer zugewiesen wird.

*Art. 50d*      Systematische Verwendung der Versichertennummer  
als Sozialversicherungsnummer

<sup>1</sup> Stellen und Institutionen, die mit Aufgaben der Sozialversicherung ausserhalb der AHV betraut sind, können die Versichertennummer systematisch verwenden, wenn ein Bundesgesetz dies vorsieht und der Verwendungszweck sowie die Nutzungsberechtigten bestimmt sind.

<sup>2</sup> Stellen und Institutionen, die mit Aufgaben der kantonalen Sozialversicherung betraut sind, können die Versichertennummer für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch verwenden.

*Art. 50e*      Systematische Verwendung der Versichertennummer  
in weiteren Bereichen

<sup>1</sup> Die Versichertennummer kann ausserhalb der Sozialversicherung des Bundes nur dann systematisch verwendet werden, wenn ein Bundesgesetz dies vorsieht und der Verwendungszweck sowie die Nutzungsberechtigten bestimmt sind.

<sup>2</sup> Folgende Stellen und Institutionen, die mit dem Vollzug von kantonalem Recht betraut sind, können die Versichertennummer für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch verwenden:

- a. die mit dem Vollzug der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung betrauten Stellen;
- b. die mit dem Vollzug der Sozialhilfe betrauten Stellen;
- c. die mit dem Vollzug der Steuergesetzgebung betrauten Stellen;
- d. die Bildungsinstitutionen.

<sup>4</sup> SR 830.1

<sup>3</sup> Andere Stellen und Institutionen, die mit dem Vollzug von kantonalem Recht betraut sind, können die Versichertennummer zur Erfüllung ihrer Aufgaben systematisch verwenden, wenn ein kantonales Gesetz dies vorsieht.

*Art. 50f*            Bekanntgabe der Versichertennummer beim Vollzug kantonalen Rechts

Stellen und Institutionen, welche die Versichertennummer nach Artikel 50d Absatz 2 oder Artikel 50e Absätze 2 und 3 systematisch verwenden, können diese bekannt geben, wenn keine offensichtlich schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person entgegenstehen und:

- a. die Datenbekanntgabe für die Erfüllung der Aufgaben, insbesondere zur Verifizierung der Nummer erforderlich ist;
- b. die Datenbekanntgabe für den Empfänger oder die Empfängerin im Einzelfall für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben unentbehrlich ist; oder
- c. die betroffene Person im Einzelfall eingewilligt hat oder die Einwilligung nach den Umständen vorausgesetzt werden darf.

*Art. 50g*            Sichernde Massnahmen

<sup>1</sup> Stellen und Institutionen, welche die Versichertennummer nach Artikel 50d oder 50e systematisch verwenden, erstatten der für die Zuweisung der Versichertennummer zuständigen Stelle Meldung. Diese führt eine Liste der Stellen und Institutionen, welche die Versichertennummer systematisch verwenden. Die Liste wird jährlich veröffentlicht.

<sup>2</sup> Die gemeldeten Stellen und Institutionen müssen:

- a. technische und organisatorische Massnahmen treffen für die Verwendung der richtigen Versichertennummer und den Schutz vor deren missbräuchlicher Verwendung;
- b. der für die Zuweisung der Versichertennummer zuständigen Stelle die notwendigen Daten für die Verifizierung der Versichertennummer zur Verfügung stellen;
- c. Korrekturen bei der Versichertennummer vornehmen, die von der für die Zuweisung der Versichertennummer zuständigen Stelle angeordnet werden.

<sup>3</sup> Das Eidgenössische Departement des Innern legt in Absprache mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement die Mindeststandards für die Massnahmen nach Absatz 2 Buchstabe a fest.

<sup>4</sup> Die für die Zuweisung der Versichertennummer zuständige Stelle kann für den Aufwand, der ihr im Zusammenhang mit der Verwendung der Versichertennummer ausserhalb der AHV entsteht, Gebühren erheben.

*Art. 71 Abs. 4 Bst. a*

<sup>4</sup> Die Zentrale Ausgleichsstelle führt:

- a. ein zentrales Versichertenregister, worin die den Versicherten zugewiesenen Versichertennummern und die Ausgleichskassen, die für eine versicherte Person ein individuelles Konto führen, erfasst sind;

*Art. 87 sechstes Lemma sowie die Strafdrohung*

...

wer die Versichertennummer systematisch verwendet, ohne hierfür berechtigt zu sein,

wird, sofern nicht ein mit einer höheren Strafe bedrohtes Verbrechen oder Vergehen des Strafgesetzbuches<sup>5</sup> vorliegt, mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen bestraft.

*Art. 88 viertes Lemma sowie die Strafdrohung*

...

wer bei der systematischen Verwendung der Versichertennummer keine Massnahmen im Sinne von Artikel 50g Absatz 2 Buchstabe a trifft,

wird, sofern nicht ein Tatbestand von Artikel 87 erfüllt ist, mit Busse bestraft.

*Art. 92a*

*Aufgehoben*

**Schlussbestimmungen zur Änderung vom 23. Juni 2006**

<sup>1</sup> Allen Personen, denen im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung Versichertennummern nach bisherigem Recht zugeteilt sind, wird eine neue Versichertennummer zugeteilt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat regelt die Fälle, in denen nach dem Inkrafttreten dieser Änderung eine Versichertennummer nach bisherigem Recht zugewiesen werden kann.

<sup>3</sup> Stellen und Institutionen, welche die Voraussetzungen zur systematischen Verwendung der Versichertennummer nach neuem Recht nicht erfüllen, dürfen die Versichertennummer nach bisherigem Recht noch fünf Jahre weiter verwenden.

**II**

Die Änderung bisherigen Rechts wird im Anhang geregelt.

<sup>5</sup> SR 311.0

## III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Ständerat, 23. Juni 2006

Der Präsident: Rolf Büttiker  
Der Sekretär: Christoph Lanz

Nationalrat, 23. Juni 2006

Der Präsident: Claude Janiak  
Der Protokollführer: Ueli Anliker

*Ablauf der Referendumsfrist und Inkraftsetzung*

<sup>1</sup> Die Referendumsfrist für dieses Gesetz ist am 12. Oktober 2006 unbenützt abgelaufen.<sup>6</sup>

<sup>2</sup> Es wird auf den 1. Dezember 2007 in Kraft gesetzt.

7. November 2007

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Micheline Calmy-Rey  
Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-Hotz

<sup>6</sup> BBl 2006 5777

## Änderung bisherigen Rechts

Die nachfolgenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

### 1. Schweizerisches Zivilgesetzbuch<sup>7</sup>

*Art. 89<sup>bis</sup> Abs. 6 Ziff. 5a*

<sup>6</sup> Für Personalfürsorgestiftungen, die auf dem Gebiet der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge tätig sind, gelten überdies die folgenden Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982<sup>8</sup> über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge über:

- 5a. die Verwendung, Bearbeitung und Bekanntgabe der Versichertennummer der Alters- und Hinterlassenenversicherung (Art. 48 Abs. 4, Art. 85a Bst. f und Art. 86a Abs. 2 Bst. b<sup>bis</sup>);

### 2. Versicherungsvertragsgesetz vom 2. April 1908<sup>9</sup>

*Art. 47a*

Versichertennummer der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Dem Versicherungsaufsichtsgesetz vom 17. Dezember 2004<sup>10</sup> unterstehende private Versicherungsunternehmen sind nur berechtigt, die Versichertennummer der AHV nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946<sup>11</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung für die Durchführung der privaten Zusatzversicherungen im Rahmen der Krankenversicherung oder der Unfallversicherung systematisch zu verwenden, wenn sie:

- a. die in Artikel 12 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994<sup>12</sup> über die Krankenversicherung vorgesehenen Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung anbieten;

<sup>7</sup> SR 210

<sup>8</sup> SR 831.40

<sup>9</sup> SR 221.229.1

<sup>10</sup> SR 961.01

<sup>11</sup> SR 831.10; AS 2007 5259

<sup>12</sup> SR 832.10

- b. nach Artikel 68 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 20. März 1981<sup>13</sup> über die Unfallversicherung (UVG) im Register der UVG-Versicherer eingetragen sind und die Zusatzversicherungen zum UVG anbieten.

### **3. ETH-Gesetz vom 4. Oktober 1991<sup>14</sup>**

*Art. 4a*           Versichertennummer der Alters- und Hinterlassenenversicherung

Die Anstalten nach Artikel 1 Absatz 1 sind berechtigt, die Versichertennummer der Alters- und Hinterlassenenversicherung nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946<sup>15</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch zu verwenden.

### **4. Militärgesetz vom 3. Februar 1995<sup>16</sup>**

*Art. 146 Abs. 2 zweiter Satz*

<sup>2</sup> ... Sie sind berechtigt, die Versichertennummer der Alters- und Hinterlassenenversicherung nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946<sup>17</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch zu verwenden.

### **5. Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990<sup>18</sup> über die direkte Bundessteuer**

*Art. 112a Abs. 1<sup>bis</sup>*

<sup>1bis</sup> Die Eidgenössische Steuerverwaltung und die Behörden nach Artikel 111 sind berechtigt, die Versichertennummer der Alters- und Hinterlassenenversicherung nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946<sup>19</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch zu verwenden.

<sup>13</sup> SR **832.20**

<sup>14</sup> SR **414.110**

<sup>15</sup> SR **831.10**; AS 2007 5259

<sup>16</sup> SR **510.10**

<sup>17</sup> SR **831.10**; AS 2007 5259

<sup>18</sup> SR **642.11**

<sup>19</sup> SR **831.10**; AS 2007 5259

## **6. Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990<sup>20</sup> über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden**

### *Art. 39 Abs. 4*

<sup>4</sup> Die Behörden nach den Absätzen 2 und 3 sind berechtigt, die Versichertennummer der Alters- und Hinterlassenenversicherung gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946<sup>21</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch zu verwenden.

## **7. Bundesgesetz vom 12. Juni 1959<sup>22</sup> über die Wehrpflichtersatzabgabe**

### *Art. 22 Abs. 6*

<sup>6</sup> Die mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragten Behörden sind berechtigt, die Versichertennummer der Alters- und Hinterlassenenversicherung nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946<sup>23</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch zu verwenden.

## **8. Bundesgesetz vom 19. März 1965<sup>24</sup> über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung**

### *Art. 13* Anwendbarkeit der Bestimmungen des AHVG

Die Bestimmungen des AHVG<sup>25</sup> über das Bearbeiten von Personendaten, die Datenbekanntgabe mit ihren Abweichungen vom ATSG<sup>26</sup> und die Bestimmungen des AHVG über die Versichertennummer sind sinngemäss anwendbar.

<sup>20</sup> SR 642.14

<sup>21</sup> SR 831.10; AS 2007 5259

<sup>22</sup> SR 661

<sup>23</sup> SR 831.10; AS 2007 5259

<sup>24</sup> SR 831.30

<sup>25</sup> SR 831.10; AS 2007 5259

<sup>26</sup> SR 830.1



## **9. Bundesgesetz vom 25. Juni 1982<sup>27</sup> über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge**

*Art. 48 Sachüberschrift und Abs. 4*

### Grundsätze

<sup>4</sup> Die registrierten Vorsorgeeinrichtungen und die an der von ihnen durchgeführten beruflichen Vorsorge Beteiligten sind berechtigt, die Versichertennummer der AHV nach den Bestimmungen des AHVG<sup>28</sup> für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch zu verwenden.

*Art. 49 Abs. 2 Einleitungssatz (betrifft nur den italienischen Text), Ziff. 6a, 25a und 25b*

<sup>2</sup> Gewährt eine Vorsorgeeinrichtung mehr als die Mindestleistungen, so gelten für die weitergehende Vorsorge die Vorschriften über:

- 6a. die systematische Verwendung der Versichertennummer der AHV (Art. 48 Abs. 4),
- 25a. die Datenbearbeitung für die Zuweisung oder Verifizierung der Versichertennummer der AHV (Art. 85a Bst. f),
- 25b. die Datenbekanntgabe für die Zuweisung oder Verifizierung der Versichertennummer der AHV (Art. 86a Abs. 2 Bst. b<sup>bis</sup>),

*Art. 85a Einleitungssatz und Bst. f*

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- f. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren.

*Art. 86a Absatz 2 Buchstabe b<sup>bis</sup>*

<sup>2</sup> Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Daten bekannt gegeben werden an:

- b<sup>bis</sup>. Organe einer anderen Sozialversicherung für die Zuweisung oder Verifizierung der Versichertennummer der AHV;

<sup>27</sup> SR 831.40

<sup>28</sup> SR 831.10; AS 2007 5259

## 10. Freizügigkeitsgesetz vom 17. Dezember 1993<sup>29</sup>

### Art. 25 Grundsatz

Die Bestimmungen des BVG<sup>30</sup> betreffend die systematische Verwendung der Versichertennummer der AHV, die Rechtspflege, das Bearbeiten und die Bekanntgabe von Personendaten, die Akteneinsicht, die Schweigepflicht sowie die Amts- und Verwaltungshilfe sind sinngemäss anwendbar.

## 11. Bundesgesetz vom 18. März 1994<sup>31</sup> über die Krankenversicherung

### Art. 42a Abs. 1 zweiter Satz

<sup>1</sup> ... Diese enthält den Namen der versicherten Person und die Versichertennummer der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV).

### Art. 83 Versichertennummer der AHV

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Versichertennummer der AHV nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946<sup>32</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch zu verwenden.

### Art. 84 Einleitungssatz und Bst. h

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- h. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren.

### Art. 84a Abs. 1 Einleitungssatz und Bst. bbis

<sup>1</sup> Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Organe, die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betraut sind, Daten in Abweichung von Artikel 33 ATSG<sup>33</sup> bekannt geben:

- bbis. Organen einer anderen Sozialversicherung für die Zuweisung oder Verifizierung der Versichertennummer der AHV;

<sup>29</sup> SR 831.42

<sup>30</sup> SR 831.40

<sup>31</sup> SR 832.10

<sup>32</sup> SR 831.10; AS 2007 5259

<sup>33</sup> SR 830.1

## 12. Bundesgesetz vom 20. März 1981<sup>34</sup> über die Unfallversicherung

*Einfügen im 1. Abschnitt*

*Art. 60a*          Versichertennummer der AHV

Die SUVA und die nach Artikel 68 Absatz 2 registrierten Versicherer sowie andere an der Durchführung dieses Gesetzes Beteiligte sind berechtigt, die Versichertennummer der AHV nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946<sup>35</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch zu verwenden.

*Art. 96 Einleitungssatz und Bst. g*

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- g. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren.

*Art. 97 Abs. 1 Einleitungssatz und Bst. b<sup>bis</sup>*

<sup>1</sup> Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Organe, die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betraut sind, Daten in Abweichung von Artikel 33 ATSG<sup>36</sup> bekannt geben:

- <sup>b<sup>bis</sup></sup>. Organen einer anderen Sozialversicherung für die Zuweisung oder Verifizierung der Versichertennummer der AHV;

## 13. Bundesgesetz vom 19. Juni 1992<sup>37</sup> über die Militärversicherung

*Art. 81 Abs. 3*

<sup>3</sup> Die an der Durchführung der Militärversicherung Beteiligten sind berechtigt, die Versichertennummer der AHV nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946<sup>38</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch zu verwenden.

<sup>34</sup> SR 832.20

<sup>35</sup> SR 831.10; AS 2007 5259

<sup>36</sup> SR 830.1

<sup>37</sup> SR 833.1

<sup>38</sup> SR 831.10; AS 2007 5259

*Art. 94a Einleitungssatz und Bst. e*

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- e. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren.

*Art. 95a Abs. 1 Einleitungssatz und Bst. a<sup>bis</sup>*

<sup>1</sup> Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Organe, die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betraut sind, Daten in Abweichung von Artikel 33 ATSG<sup>39</sup> bekannt geben:

- a<sup>bis</sup>. Organen einer anderen Sozialversicherung für die Zuweisung oder Verifizierung der Versichertennummer der AHV;

**14. Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982<sup>40</sup>***Art. 96* Verwendung der Versichertennummer der AHV

Die mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragten Stellen sind berechtigt, die Versichertennummer der AHV nach den Bestimmungen des AHVG<sup>41</sup> für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben systematisch zu verwenden.

*Art. 96b Einleitungssatz und Bst. j*

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- j. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren.

*Art. 97a Abs. 1 Einleitungssatz und Bst. b<sup>bis</sup>*

<sup>1</sup> Sofern kein überwiegendes Privatinteresse entgegensteht, dürfen Organe, die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betraut sind, Daten in Abweichung von Artikel 33 ATSG<sup>42</sup> bekannt geben:

- b<sup>bis</sup>. Organen einer anderen Sozialversicherung für die Zuweisung oder Verifizierung der Versichertennummer der AHV;

<sup>39</sup> SR 830.1

<sup>40</sup> SR 837.0

<sup>41</sup> SR 831.10; AS 2007 5259

<sup>42</sup> SR 830.1